Nr.22 | Januar 2016

GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN

grün.

GAME OVER!
JA
Spekulationsstopp – Initiative

Die GB-Stadträtinnen Ursina Anderegg, Cristina Anliker-Mansour und Regula Bühlmann (von oben im Uhrzeigersinn) setzen sich für kindergerechte und ökologische Schulhäuser, für die Quartierorganisationen und gegen den Abbau bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen ein.

BERN
Stéphanie Penher
Die Politik des GB ist sozial, ökologisch und weitsichtig

MITTEL
Regula Bühlmann
Schulraum als Chance

STAND
Franziska Geiser
***Durchsetzungsinitiative?* Es geht um Menschenrechte!**

Die Politik des GB ist sozial, ökologisch und weitsichtig

Fast jedeR vierte Berner WählerIn hat 2012 grün gewählt – und immer mehr Menschen wollen in der Stadt wohnen, da hier die Lebensqualität hoch ist. Dies ist ein Erfolg von fast 24 Jahren RotGrünMitte-Politik. Zusammen mit seiner Gemeinderätin Franziska Teuscher vertritt das Grüne Bündnis erfolgreich und weitsichtig soziale und ökologische Anliegen.

Stéphanie Penher, GB-Präsidentin, freut sich auf die Kampagne für die städtischen Wahlen 2016.

Das Grüne Bündnis hat zusammen mit den Parteien von RotGrünMitte kräftig in die Lebensqualität der Stadt Bern investiert. Dazu gehören Massnahmen für lebenswerte Quartiere (Begegnungszonen und Wohnstrassen), ein stark gewachsenes Angebot bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung (flächendeckend Kitas und Tagesschulen), der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Tram Bern West, Inselbus), die Sicherstellung bezahlbaren Wohnraums (Wohn-Initiative), mehr Mitsprache für die ausländische Wohnbevölkerung (Partizipationsreglement) und die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen (Kulturstrategie). Die GB-Sozialdirektorin Franziska Teuscher setzt sich gegen den Abbau der Sozialhilfe im Kanton Bern ein, sie fördert die Partizipation von Kindern und Jugendlichen und baut die Anzahl Unterkünfte für Flüchtlinge (Alte Feuerwehrkaserne, Zieglerspital) stark aus.

Die GB-Politik geht Herausforderungen an und gibt stadtverträgliche Antworten auf aktuelle Themen wie Klimaschutz, Stadtentwicklung, grünes Wirtschaften, Grundrechte, Integration und sozialer Zusammenhalt. Nicht nur beim Veloverkehr braucht es eine stärkere überkommunale Zusammenarbeit in der Agglomeration Bern. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden müssen künftig auch wichtige Impulse wie sie vom Verein «Bern neu gründen» gegeben wurden (Gemeindezusammenschlüsse rund um und mit der Stadt Bern) wieder in die öffentliche Diskussion bringen und umzusetzen versuchen.

Stéphanie Penher, GB-Stadträtin und GB-Präsidentin

Abstimmungen und Wahlen vom 28. Februar

Kantonal

- Abbau der Prämienverbilligungen: Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung: **2 x NEIN**

Stichfrage: Eventualantrag des Grossen Rates

- Ausführungskredit für den Neubau für die Rechtsmedizin und die klinische Forschung der Universität Bern an der Murtenstrasse 20–30 in Bern: **JA**

National

- Sanierung Gotthard-Strassentunnel: **NEIN**
- Initiative « Durchsetzung der Ausschaffung kriminieller Ausländer» (Durchsetzungsinitiative): **NEIN**
- Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»: **NEIN**
- Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»: **JA**

Empfehlung Regierungsratswahlen

- Ammann Christoph, SP
- Bernasconi Roberto, SP

«Die Arbeit der Quartierorganisationen entspricht dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Mitsprache. Um den fachlichen und administrativen Anforderungen gerecht zu werden, brauchen die Quartierorganisationen eine professionell geführte Geschäftsstelle. Und für eine entsprechende Entlöhnung der Geschäftsstellen braucht es städtische Subventionen.»
Cristina Anliker-Mansour, GB-Stadträtin

Quartierorganisationen stärken!

Die Quartierorganisationen sichern die Mitwirkung der Stadtbevölkerung in den Stadtkreisen. Um diese auch weiterhin gewährleisten zu können, braucht es eine Anpassung der städtischen Subventionen.

Die fünf anerkannten Quartierorganisationen der Stadt Bern sind das wichtigste Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung. Dank ihrer Arbeit ist die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in den Quartieren möglich. Um die wertvolle Arbeit der Quartierorganisationen und die damit verbundenen fachlichen und administrativen Anforderungen auch weiterhin erfüllen zu können, braucht es eine Professionalisierung der Geschäftsstellen – was eine Erhöhung der finanziellen Mittel bedingt. Das Grüne Bündnis hat hierfür zusammen mit anderen Parteien die Weichen gestellt und mit einer interfraktionellen Motion die Anpassung der städtischen Subventionen an die Teuerung und eine anforderungsgerechte Entlöhnung der Geschäftsstellen verlangt.

Die heutige Regelung der städtischen Subventionen an die Quartierorganisationen sieht eine Plafonierung der Beiträge bei 300'000 Franken vor und schliesst sowohl Nachkredite als auch eine Anpassung an die Teuerung aus. Um die Professionalisierung der Geschäftsstellen zu gewährleisten, braucht es eine Erhöhung dieser Mittel. Durch die Teilrevision des Reglements über die politischen Rechte würde die Obergrenze der Subventionen um 10 Prozent erhöht. Ein Teil dieser Erhöhung dient dem Teuerungsausgleich. Gleichzeitig würden die finanziellen Mittel der Quartierorganisationen moderat erhöht. Das GB empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Cristina Anliker-Mansour, GB-Stadträtin

«Sparpolitik verheisst selten etwas Gutes. Im Kanton mit der zweithöchsten Krankenkassen-Prämienlast der Schweiz alle Schranken für unsoziale Sparübungen geöffnet zu haben, ist verantwortungslos. Auf zur Urne für den ersten Schritt der Korrektur: Am 28. Februar stimmen wir über das Referendum gegen den Abbau der Prämienverbilligungen ab.»
Ursina Anderegg, GB-Stadträtin

Keinen Freipass für den Abbau der Prämienverbilligungen

Nach dem kontinuierlichen Abbau der Krankenkassen-Prämienverbilligungen hat der Grosse Rat Anfang 2015 beschlossen, die Untergrenze der Anzahl Bezugsberechtigter aufzuheben. Aber wir können am 28. Februar den Abbau der Prämienverbilligungen mit einem doppelten Nein zur Gesetzesrevision wieder rückgängig machen.

Seit der Einführung des Finanzausgleichs können die Kantone selbst über die Höhe der Prämienverbilligungen für die Krankenkassen bestimmen. Während die Prämien Jahr für Jahr ansteigen, missbrauchen viele Kantone diese Autonomie, um ihre populistische Sparpolitik auf die Spitze zu treiben. Allen voran der Kanton Bern, welcher seit 2012 die Verbilligungen drastisch abbaute. Das ist erstens ein Angriff auf ein noch halbwegs solidarisches System und zweitens ein haushaltstechnischer Blödsinn: Vielen Menschen droht das Abrutschen in die Sozialhilfe. Seit 2014 verloren gegen 50‘000 Personen teilweise oder ganz den Anspruch auf Verbilligungen.

Das Referendum und die Initiative gegen den Abbau der Prämienverbilligungen bilden ein schlaues Paket, um diesen Schlamassel wieder zu korrigieren. Mit der im November eingereichten Initiative können der 2013 beschlossene Abbau wieder rückgängig gemacht und die Anzahl sowie die Höhe der Verbilligungen gesetzlich verankert werden.

Mit der Abstimmung über das Referendum können wir nun gegen einen unsozialen Beschluss des Grossen Rates vorgehen. Dieser strich Anfang 2015 das Sozialziel, welches mindestens dem einkommensschwächsten Viertel der Bevölkerung im Kanton Bern Anspruch auf Verbilligungen gewährte. Dieser Abbau-Freipass muss rückgängig gemacht werden.

Weitere Infos: www.praemienverbilligungen.be

Ursina Anderegg, GB-Stadträtin

Schulraum als Chance

Facts-Box

Anspruchsvolle Schulraumplanung

● Jahrelang stagnierten in der Stadt Bern die EinwohnerInnen- und damit auch die SchülerInnenzahlen. Die Trendwende kam vor wenigen Jahren: Die Berner Schulen verzeichnen seit dem Jahr 2010 (Kindergarten) resp. 2012 (Schule) deutlich mehr Kinder.

Die Schulraumplanung wird mit dieser Entwicklung zu einer grossen Herausforderung. Heute besuchen 7350 Kinder die Schulen in der Stadt Bern, 550 Kinder mehr als noch vor vier Jahren. Das entspricht einer Zunahme um 8 Prozent.

Weil Bauprojekte für neuen Schulraum eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren haben, müssen sich die PlanerInnen auf Prognosen verlassen. Diese sind jedoch immer mit Unsicherheiten behaftet: Im Schulkreis Kirchenfeld-Schosshalde beispielsweise zog die Neubausiedlung Schönberg-Ost mehr Familien an als erwartet. Und im Schulkreis Breitenrain-Lorraine wohnen immer mehr Familien mit Schulkindern, obwohl im Quartier keine neuen Familienwohnungen gebaut wurden.

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport BSS unter der Leitung von GB-Gemeinderätin Franziska Teuscher reagiert mit einer Reihe von Massnahmen auf die Probleme in der Schulraumplanung: So werden zum Beispiel die Schülerinnen- und Schülerprognosen künftig für einen Zeitraum von 15 Jahren erstellt (statt bisher acht Jahren). Zudem sollen die Schulkreisgrenzen künftig flexibler gehandhabt werden, um Spitzen zwischen den Schulkreisen auszugleichen.

Da die SchülerInnenzahlen steigen und der Sanierungsbedarf bei einigen Schulhäusern gross ist, entscheidet die Stimmbevölkerung über diverse Schulhaussanierungen und Neubauten. Das Grüne Bündnis setzt sich für kindergerechte und ökologische Schulhäuser ein.

Die Stadt Bern wächst, immer mehr Menschen wohnen hier – und damit auch mehr Kinder. Dies ist erfreulich, doch es führt auch zu Herausforderungen, unter anderem in der Schulraumplanung. Der Zuwachs von Schulkindern erfolgt nicht linear. Entsprechend schwierig ist es vorauszusehen, an welchen Schulstandorten welcher Schulraum nötig wird. Zusätzlich wächst auch der Bedarf an Tagesschulplätzen. Die Schulen, die meist nicht für den Betrieb als Tagesschulen konzipiert worden waren, können diesen Bedarf nicht mehr decken. Produktionsküchen sind veraltet und zu klein, um die nötige Anzahl Mahlzeiten herzustellen. Hier besteht klarer Handlungsbedarf. Auch müssen Schulhäuser wegen ihres Alters oder wegen Altlasten saniert werden.

Die Schuldirektion von Franziska Teuscher geht die Herausforderungen gemeinsam mit der Baudirektion an, saniert Schulhäuser und plant Neubauten. Die Fraktion GB/JA! setzt sich im Stadtrat dafür ein, dass der neue und sanierte Schulraum nicht nur der steigenden Anzahl Schülerinnen und Schüler gerecht wird, sondern auch ökologischen und pädagogischen Kriterien Rechnung trägt.

Energiewende im Schulzimmer

Das Grüne Bündnis unterstützt das Vorhaben, jede Schulanlage mit Solardächern auszustatten. Die Stadt hat sich für die Energiewende ausgesprochen, jetzt sollen Taten folgen. Es geht dabei nicht nur um die Energiewende, sondern auch darum, Kinder und Jugendliche für erneuerbare Energien zu sensibilisieren. Mit Solaranlagen auf den Schulhäusern können wir erneuerbare Energie erlebbar machen: die Kinder können direkt erfahren, wie aus Sonnenenergie Strom, Wärme oder Warmwasser produziert werden kann.

Schulareale für Kinder und Natur

Ebenso wichtig ist dem GB, dass die Umgebung der Schulen naturnah und kindergerecht gestaltet ist. Kinder sollen in die Planung einbezogen werden, damit ein Aussenraum geschaffen wird, der ihren Bedürfnissen entspricht.

Kindergerecht bedeutet auch, dass der Aussenraum naturnah gestaltet wird. Heutzutage findet man in der Stadt eine grössere Biodiversität als auf dem Land. Die Stadt soll zur Artenvielfalt Sorge tragen und für die verschiedenen Tier- und Pflanzenarten auf den städtischen Grünflächen passende Lebensräume schaffen und erhalten. Konkret bedeutet dies, keine sterilen englischen Rasen- und Betonplätze anzulegen, sondern Anlagen mit beispielsweise Blumenwiesen, einem Weiher, Steinhaufen oder einem Wildbienenhotel. Dadurch entsteht eine spannende Umgebung für die Kinder, in der sie die Natur unmittelbar erleben können.

Die neu erstellten Modulbauten wie hier im Marzli sind hell und geräumig. Für die temporäre Nutzung gedacht, können sie bei Bedarf auch versetzt werden.

Selber kochen oder anliefern lassen?

Ein besonders heisses Thema sind die Produktionsküchen der Tagesschulen. Viele sind veraltet und zu klein, um die nötige Anzahl Mahlzeiten herzustellen. Etliche Tagesschulen setzen schon jetzt auf Catering. Die Stadt hat 2015 in einem Pilotprojekt getestet, wie beim Catering einheitliche Qualitätskriterien angewendet werden können. Das GB ist der Meinung, dass ein qualitativ hochstehendes Catering mit saisonalen und ökologischen Produkten eine gute Lösung für Tagesschulen ist, die schon bis anhin ohne eigene Produktionsküche funktioniert haben. Anders verhält es sich bei Tagesschulen, die erfolgreich eine Produktionsküche betreiben und dies auch weiter so handhaben möchten: Sie sollen ihre Produktionsküchen im Rahmen von Schulsanierungen nach Möglichkeit behalten und erneuern können. Insbesondere sollen keine Grundsatzentscheide für oder gegen Produktionsküchen gefällt werden, solange die Resultate des Pilotprojektes zum Catering nicht vorliegen. Entsprechend kann in etlichen Bauvorhaben, die jetzt keine Produktionsküche einplanen, nachträglich noch eine eingebaut werden.

Präzedenzfall Stapfenacker

Diese ergebnisoffene Planung wurde zum Bedauern des GB bei der Tagesschule Stapfenacker nicht angewendet. Der Neubau kommt voraussichtlich im Juni zur Abstimmung. Bei diesem Projekt haben die PlanerInnen davon abgesehen, die Erneuerung der bestehenden beliebten Produktionsküche einzuplanen. Zudem bleibt unklar, ob das Bauprojekt eine solche überhaupt erlauben würde oder ob nur noch ein Catering möglich wäre. Die Fraktion GB/JA! hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Geschäft zurück in die zuständige Kommission geht. Die Frage nach Möglichkeiten und Kosten einer Produktionsküche muss geklärt und neu beurteilt werden. Damit wird die Stimmbevölkerung Klarheit haben, worüber sie abstimmt.

Die Sanierung und Erstellung von Schulraum führt zwar zu Kosten und hinkt den effektiven Bedürfnissen manchmal hinterher. Doch bietet neuer Schulraum auch neue Möglichkeiten für die Energiewende sowie für die Kinder und für das Leben in der Stadt. Diese Chancen wollen wir nutzen.

Regula Bühlmann, GB-Stadträtin

AKTIONS

- **Ja zum Rechtsstaat – Nein zur Durchsetzungsinitiative.** Denn wir wollen die Menschenrechte nicht mit Füssen treten! Kommt zahlreich zur Strassenaktion der AG Migration/Internationales. 4. Februar, 17–20 Uhr, Käfigturm.
- **Friedensmarsch am 28.03.2016**
«Entrüstung für den Frieden – Geflüchtete willkommen heissen»: Komm auch du am Ostermontag um 13 Uhr ins Eichholz und demonstriere mit uns für eine friedliche und gerechte Welt. ostermarschbern.ch

Durchsetzungsinitiative? Es geht um die Menschenrechte!

Das GB sagt Nein zur ausländerInnenfeindlichen Initiative, die die Gleichheit vor dem Recht in unserem Land aushebelt. Mobilisieren wir alle Kräfte, damit diese brandgefährliche Initiative gegen die Menschenrechte abgelehnt wird!

Franziska Geiser ist Mitglied der GB-Arbeitsgruppe Migration/Internationales (3.v.l.), hier am Sans-Papier-Solilauf vom letzten September.

Der Begriff «Durchsetzung» suggeriert, es gehe am kommenden 28. Februar «nur» um die Durchsetzung der so genannten Ausschaffungsinitiative von 2010. Allerdings gibt es nichts «durchzusetzen», denn die SVP hatte die neue Initiative bereits im Jahr 2012 lanciert, bevor die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in Planung war. Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative zwar praktisch wie verlangt umgesetzt, einzig eine Härtefallklausel weicht vom Initiativtext ab. Die «Durchsetzungsinitiative» ist jetzt aber eine deutliche Verschärfung, denn sie sieht u.a. die Ausschaffung nach Bagatelldelikten (im Wiederholungsfall) vor.

Die Initiative ist brandgefährlich, weil sie die InitiantInnen zum Gesetzgeber und Richter macht. Die Gerichte können die Verhältnismässigkeit eines Landesverweises nicht mehr prüfen. Eine in der Schweiz geborene Seconda würde z. B. wegen Sozialhilfebetrugs ausgeschafft – ohne Rücksicht auf ihre familiäre Situation, die Schwere des Delikts oder die Sicherheitslage im Zielstaat. Die Initiative führt so zu Rechtsunsicherheit und verstösst gegen die Menschenrechtskonvention; falls die Seconda EU-Bürgerin ist, auch gegen das Freizügigkeitsabkommen.

Wird diese Initiative angenommen, sind eine Menge Fälle zu erwarten, bei denen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz verurteilt, weil eine Ausschaffung gegen das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verstösst. Das hilft der SVP bei ihrer Dauerkampagne gegen «fremde Richter»: Die «Selbstbestimmungsinitiative», die Landesrecht vor Völkerrecht stellt und eine Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention bedeutet, ist bereits lanciert.

Zeigen wir den Feinden der Menschenrechte die rote Karte und stimmen wir Nein zur «Durchsetzungsinitiative»!

Franziska Geiser, GB-Mitglied

Vorstösse/Erfolge

Erfolgreiche GB-Petition zur Umnutzung des Zieglerspitals

● Im September wurden in Lyss Armeezelte als Flüchtlingsunterkünfte aufgestellt, obwohl in verschiedenen Gemeinden Raum vorhanden gewesen wäre, auch in Bern. Das Zieglerspital mit mehreren hundert Plätzen stand ja leer. Hätte der Kanton solche Umnutzungen früher angepackt, wären Zelte längst überflüssig und unterirdische Unterkünfte aufgehoben. Weder Notlage noch Chaos stehen hinter diesem Versäumnis, sondern die berechnende Politik von Regierungsrat Käser. GB-Gemeinderätin Franziska Teuscher hatte sich bereits früh für eine Asylunterkunft im Zieglerspital ausgesprochen und alles Notwendige seitens Stadt unternommen. Käser bewegte sich erst unter Druck: Nach einem überwiesenen Vorstoss im Grossen Rat und einer Petition des GB, die innert weniger Tage von über 7000 Personen unterschrieben wurde. Mittlerweile sind die ersten Flüchtlinge ins Zieglerspital eingezogen. Unser Engagement zeigt Wirkung!

Rahel Ruch, Mitglied leitender Ausschuss GB

Die Alpengebiete müssen auf ihre lokalen Stärken setzen

Katharina Conradin, du bist Präsidentin von CIPRA International – was macht die CIPRA und vor welchen Herausforderungen stehen die Alpenländer?

● Die Alpen und ihre BewohnerInnen stehen tatsächlich vor grossen Herausforderungen: Verstädterung und die damit verbundenen Probleme wie Zersiedelung und zu viel Verkehr auf der einen, strukturschwache Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen auf der anderen Seite. Der Klimawandel betrifft die Alpen überdurchschnittlich stark. Damit steht der Wintertourismus vor grossen Umbrüchen, wie sich aktuell in aller Deutlichkeit zeigt. Gerade weil sich in den Alpen die Phänomene des «Global Change» früher und deutlicher zeigen als im ausseralpinen Kontext, müssen wir uns in den Bergen frühzeitig anpassen. Es braucht eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung, die auf der Förderung lokaler Stärken statt wirtschafts-kultureller Gleichmacherei beruht. Die CIPRA (www.cipra.org) bringt seit ihrer Gründung 1952 Menschen und Organisationen über sprachliche, kulturelle, geografische und politische Grenzen hinweg zusammen, die sich für die nachhaltige Entwicklung in den Alpen einsetzen, seit 1975 als Dachorganisation von über hundert Verbänden, von Monaco bis Slowenien.

Katharina Conradin in Aktion für die Kampagne *Keep Wild! Climbs* für einen naturverträglichen Klettersport.

Was ist dein Fazit zum Abschluss der Klimakonferenz in Paris?

● Das rechtlich verbindliche Klima-Abkommen zwischen knapp 200 Staaten ist für alle ein wichtiger Schritt. Mehr Mut in der Formulierung von thematischen Vorgaben, so etwa im Bereich der Mobilität, hätte dem Abkommen aber gut getan – gerade wenn wir an die Alpen denken. Und natürlich: Das Abkommen muss nun umgesetzt werden. Wir sind allerdings alle gefordert, nicht nur die Politik. Wir alle können unseren Lebensstil möglichst klimafreundlich gestalten. Ich mag in diesem Kontext den spielerischen Ansatz von Initiativen wie «Ein guter Tag hat 100 Punkte» (www.eingutertag.org) sehr. Die Treibhausgasemissionen, die wir nicht überschreiten dürfen, damit sich die Erderwärmung auf maximal zwei Grad beschränkt, wird hier auf ein Pro-Kopf-Guthaben von 100 Punkten umgerechnet. Alle Aktivitäten wie Zugfahren, Essen oder auch die Freizeitgestaltung geben Punkte. So wird deutlich, dass auch wir als Einzelpersonen handeln können. Aber natürlich ist auch die grüne Politik gefordert, die sich dafür einsetzt, dass möglichst viele Emissionen direkt eingespart und allfällige Kompensationen im Inland stattfinden.

Die Alpenschutzorganisation *mountain wilderness* und andere Umweltverbände haben mit der Schliessung zweier Gebirgslandeplätze einen kleinen Erfolg verbuchen können. Wie geht es weiter?

● Der Erfolg ist tatsächlich klein, aber immerhin ist es einer. Die Anzahl der Gebirgslandeplätze wurde auf höchstens 40 festgesetzt. Vor dem bundesrätlichen Entscheid im vergangenen Herbst wären 48 möglich gewesen. Ohne das langjährige und hartnäckige Engagement von *mountain wilderness* wäre in diesem Dossier wohl gar nichts passiert. Enttäuschend ist hingegen, dass der Entscheid des Bundesrates die Situation auf Jahre hinaus blockiert. Damit bleibt die Schweiz weiterhin ein Eldorado für das Heliskiing. Das ist sehr bedauerlich, handelt es sich doch um eine absolut überflüssige ‚Sportart', welche den Regionen auch wirtschaftlich fast nichts bringt. Für *mountain wilderness* ist das Thema deshalb nicht erledigt: Ruhe und Stille gewinnen an Bedeutung. Es ist zentral, dass wir nicht nur Lärmschutz im bebauten Gebiet betreiben, sondern auch da die Stille schützen, wo es sie noch gibt.

Interview: Stéphanie Penher, GB-Stadträtin und GB-Präsidentin

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 6411, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Veranstaltungen

● Samstag, 6. Februar, 13 Uhr bis 18 Uhr,
Französische Kirche Le Cap, Predigergasse 3, Bern
Tagung: Regularisierung jetzt!
Die Tagung wird von Anlaufstellen aus verschiedenen Kantonen, lokalen und nationalen NGOs, Kirchen, Hilfswerken und Gewerkschaften sowie politischen Parteien und Parlamentarier_innen mit dem Ziel der Stärkung der Rechte der Sans-Papiers organisiert. Weiteres unter:
www.sanspapiersbern.ch/aktivität/tagung

● Freitag, 12. bis Samstag, 27. Februar,
Grosse Halle (Reitschule), Bern
Aktionsmonat «Strassenfussball als Begegnung»
Die Grosse Halle, das gggfon (Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus) und der Verein Strassenliga Kanton Bern laden zum Street-Soccer-Turnier ein. Unter der Woche und an Wochenenden finden Turniere und Spiele für Jung und Alt statt.
Weiteres: www.grossehalle.ch/reitschule/grossehalle

● Mittwoch, 24. Februar, 18.30 Uhr,
Politforum Käfigturm, Marktgasse 67, Bern
Vollgeld-Initiative – Geld als soziales und ökologisches Gestaltungsmittel?
Die Vollgeld-Initiative will eine Diskussion anstossen: Wie kann die Finanzwirtschaft in den Dienst der Realwirtschaft und das Geldsystem in den Dienst der Menschen gestellt werden?
Daniel Meier vom Initiativkomitee erläutert die Initiative – anschliessend Fragen und Diskussion.
Weiteres unter: www.gruenebern.ch

Arbeitsgruppen

Sekretariat
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

● **Frauenpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
● **Ökologie**
Kontakt: fragroba@gmx.ch
● **Internationales und Migration**
Kontakt: asancar@bluewin.ch
● **Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
● **Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
● **AG macht**
Kontakt: ursina.anderegg@gmx.net

● **Leitender Ausschuss**
9. März, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna
● Die nächste Mitgliederversammlung findet am 16. März statt. Save the date!

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und SympathisantInnen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Samuel Kaiser, Johannes Künzler, Stéphanie Penher, Julia Richter, Leena Schmitter.
Fotos:
Monika Flückiger, Johannes Künzler.
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.23:
14. März 2016

SCHLUSS

Johannes Künzler, GB-Vizepräsident

Vom Forum zum Rektum?

«McClean löst das Politforum im Berner Käfigturm ab», schrieb Oswald Sigg im Dezember in der Aargauer Zeitung. «Ab Mitte 2017 wird die Hauptstadt endlich an einer erstklassigen und zentralen Lage über ein Mc-Clean-Premium-Hygienecenter verfügen. [...] Nach einer halbjährigen Umbauzeit wird der Berner Käfigturm in Zukunft als dannzumal nachhaltig visionäres Toilettensystem auch das klinisch saubere Bern symbolisieren.» Der giftige Scherz aus dem ehemaligen Untertanengebiet blieb in Bern bisher unbeachtet – ob aus Ignoranz oder Gewöhnung an solche Neugestaltungen (Stichwort: *CasaBlanca*) bleibe dahingestellt. Die Satire des ehemaligen Vizekanzlers und Bundesratssprechers trifft ins Schwarze: Wieso auch ein Polit-Forum – haben nicht schon die Römer vorab in ihren öffentlichen Toiletten (mit Wasserspülung!) das wirklich Wichtige besprochen? Und wozu ein Angebot für politische Bildung, weiss doch jedes Kind, dass Wilhelm Tell 1291 die Schweiz gegründet und General Guisan den Zweiten Weltkrieg gewonnen hat. Mehr braucht man nicht zu wissen, um einen Leasing-Vertrag abzuschliessen, die Steuererklärung zu optimieren oder eine Power-Point-Präsentation zusammenzustellen (Stichwort: *Kompetenzorientiertes Lernen*).
Sie wenden ein, es gehe wegen der politischen Unbildung der Jugend alles den Bach runter? Na und – wenigstens ist am Schluss alles sauber! Und den Rest der lästigen Öffentlichkeitsarbeit übernimmt die Sondereinheit «Enzian» der Kantonspolizei.